

# Ein neuer Vertrag für den Euro

## 12 Thesen aus einer industriellen Perspektive

---



### **These 1: Europa mit seinem einheitlichen Binnenmarkt und seiner starken und stabilen Gemeinschaftswährung ist ein zentraler Faktor für Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland.**

*Datum*  
7. September 2011

*Seite*  
1 von 7

Die deutsche Volkswirtschaft ist wie kaum eine andere in die internationale Arbeitsteilung eingebunden. Industrieunternehmen aus Deutschland sind auf allen Märkten der Welt mit gefragten Produkten und sie begleitenden Dienstleistungen präsent. Über 45 Prozent der deutschen Wertschöpfung werden mittlerweile im Export erzielt. Auch wenn die aufstrebenden Schwellenländer als Handelspartner der deutschen Industrie enorm an Bedeutung gewonnen haben, so bleibt doch Europa der Heimatmarkt des Industrielandes Deutschland. Über 70 Prozent der deutschen Ausfuhren gehen nach Europa, über 60 Prozent in die Europäische Union, über 40 Prozent in die Eurozone. Unter den zehn Ländern, mit denen Deutschland die größten Exportüberschüsse erwirtschaftet, sind neun europäische Länder. Von den zehn wichtigsten Importländern nach Deutschland gehören acht zu Europa. Auch als Ziel- und Herkunftsland von Direktinvestitionen von und nach Deutschland spielt Europa eine zentrale Rolle. Europa mit seinem einheitlichen Binnenmarkt und seiner starken und stabilen Gemeinschaftswährung ist ein zentraler Faktor für Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland. Die deutsche Industrie hat daher größtes Interesse am Erhalt des Euros sowie am Fortbestand und der Weiterentwicklung der Europäischen Union.

### **These 2: Aus realwirtschaftlichem Blickwinkel gibt es für eine erneute krisenhafte Zuspitzung keinerlei Veranlassung. Die globale Realwirtschaft ist intakt.**

Die aktuellen Entwicklungen an den internationalen Finanzmärkten bieten vor diesem Hintergrund Anlass zu größter Sorge. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2007 bis 2009 schien bereits überwunden, nun zu Beginn der zweiten Jahreshälfte 2011 droht eine erneute Zuspitzung. Diese könnte, dies lehrt die Erfahrung aus der vorherigen Krise, sehr schnell und mit großer Wucht die globale Güternachfrage einbrechen lassen und die Realwirtschaft rund um den Globus nach unten ziehen. Deutschland als außenwirtschaftsexponierte Volkswirtschaft wäre hier von in besonderer Weise betroffen. Mehr noch: Ein erneuter Einbruch an den Finanz- und im Gefolge an den Gütermärkten könnte noch verheerendere Ausmaße annehmen, als in der letzten Krise. Ständen in der letzten Krise noch zahlreiche Politikoptionen zur Verfügung, um die Krisenfolgen zu lindern, so ist der politische Instrumentenkasten heute weitgehend leer. Die Geldpolitik hat weltweit ihr Pulver weitgehend verschossen, lediglich in der Eurozone bestehen noch marginale Zinssenkungsspielräume. Die Fiskalpolitik ist in fast allen hochindustrialisierten Volkswirtschaften bereits weit überdehnt. Aus einer industriellen Perspektive heraus darf es nicht zu einem double dip an den Finanz- und Gü-

**Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.**  
Mitgliedsverband  
BUSINESSEUROPE

*Telekontakte*  
T: 030 2028-1591  
F: 030 2028-2591

*Internet*  
[www.bdi.eu](http://www.bdi.eu)

*E-Mail*  
[H.Hass@bdi.eu](mailto:H.Hass@bdi.eu)

termärkten kommen. Aus realwirtschaftlichem Blickwinkel gibt es für eine erneute krisenhafte Zuspitzung keinerlei Veranlassung. Die globale Realwirtschaft ist intakt. Die Weltwirtschaft steckt nach wie vor voller Chancen und Perspektiven. Diese Chancen dürfen nicht durch politisch verursachte Vertrauensverluste an den Weltfinanzmärkten zunichte gemacht werden.

**These 3: Ein weiteres Kurieren von Symptomen und das Ergreifen immer neuer Reparaturmaßnahmen versprechen keinen nachhaltigen Erfolg. Europa muss sich zu einem deutlichen Sprung vorwärts in seinen Stabilisierungsbemühungen aufraffen.**

Die tiefe Vertrauenskrise an den internationalen Finanzmärkten hat ihre Ursachen nicht nur, aber auch in Europa und der Eurozone. Vor diesem Hintergrund muss Europa jetzt einen nachhaltigen Beitrag zur Wiederherstellung des Vertrauens leisten. Die deutsche Industrie erkennt das ernsthafte Bemühen der Politik in Europa um eine Lösung der Probleme an. Seit sich im Frühjahr 2010 die Griechenlandkrise herauschälte und zuspitzte, wurde auf zahlreichen Krisengipfeln und Sondersitzungen versucht, der Lage Herr zu werden. Zahlreiche Reparatur- und Stabilisierungsmaßnahmen wurden beschlossen und auf den Weg gebracht. Eine nachhaltige Stabilisierung der Märkte und eine Rückgewinnung des Vertrauens wurden jedoch bisher nicht erreicht. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Ein weiteres Kurieren von Symptomen und das Ergreifen immer neuer Reparaturmaßnahmen versprechen keinen nachhaltigen Erfolg. Europa muss sich zu einem deutlichen Sprung vorwärts in seinen Stabilisierungsbemühungen aufraffen. Nur mit einer konsequenten Weiterentwicklung der europäischen Institutionen lässt sich verlorenes Vertrauen langfristig zurück gewinnen.

**These 4: Auf Basis der bestehenden Verträge ist eine nachhaltige Stabilisierung des Euroraums nicht zu erwarten. Der Euro braucht eine neue vertragliche Grundlage mit einer klaren langfristigen Zielorientierung.**

Eine solche Vertiefung der Zusammenarbeit macht eine substantielle Änderung des europäischen Vertragswerkes notwendig. Auf Basis der bestehenden Verträge ist eine nachhaltige Stabilisierung des Euroraums nicht zu erwarten. Der Euro braucht eine neue vertragliche Grundlage mit einer klaren langfristigen Zielorientierung. Erst wenn ersichtlich wird, welchem langfristigen Ziel die Maßnahmen dienen, kann sie von den Bürgern und den Märkten auch richtig verstanden, eingeordnet und bewertet werden. Erst durch diese Einbettung in ein langfristiges Zielformat können notwendige Einzelmaßnahmen ihre vertrauensstiftende Wirkung entfalten. An der Spitze dieses Zielformats steht in der langen Frist die Vollendung der politischen Union Europas. Die Einführung des Euro war der erste wichtige Schritt hin zu dieser politischen Union. Ohne weitere Integration bleibt die Währungsunion ein Torso. Weder in der Geschichte der Währungen noch im aktuellen globalen Währungsszenario gab oder gibt es außer dem Euro eine Währung, die sich auf einen Währungsraum bezieht, der sich zwar durch eine gemeinsame Geldpolitik auszeichnet, in dem aber alle anderen makroökonomisch relevanten Politiken weiterhin nationalisiert sind.

Ein solches Konstrukt, für das es auch in der währungstheoretischen Literatur keine Blaupause gibt, kann auf Dauer nicht funktionieren. Das dauerhafte Funktionieren der Währungsunion erfordert zwingend weitere Schritte zur politischen Integration Europas. Die überzeugende Vermittlung dieser Zielsetzung macht auch unmittelbar plausibel, dass in eine solche politische Union Europas investiert werden muss. Heute und zukünftig notwendige Stabilisierungs- und Reparaturmaßnahmen sind vor diesem Hintergrund als Zukunftsinvestitionen in die politische Einigung Europas zu verstehen.

**These 5: Die politische Union Europas ist ein Fernziel, auf das es jedoch bereits heute hinarbeiten gilt. Ein neuer Vertrag für den Euro muss dieses Fernziel ins Visier nehmen und Schritte zu seiner Verwirklichung festschreiben.**

Das zukünftige Europa muss sich auf den Grundätzen von Freiheit, Vielfalt, Stabilität, Wettbewerb und Leistung gründen. Unnötige und zentralistische Regulierung und Vereinheitlichung sowie aus einer gemeinschaftlichen Schuldenhaftung resultierende unkontrollierte Finanztransfers gefährden dagegen die politische und wirtschaftliche Stabilität Europas. Stattdessen geht es darum, dass die Europäische Union einen wirksamen ordnungspolitischen Rahmen für solide öffentliche Haushalte und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft setzt. Alle notwendigen Einzelmaßnahmen zur Erreichung dieser untrennbar miteinander verbundenen Ziele müssen zu einem konsistenten Gesamtpaket zusammengebunden werden. Dies gilt insbesondere für die vorgesehene Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, die Umsetzung des neuen Euro-Plus-Paktes zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Koordinierung, die konkrete Ausgestaltung einer engeren wirtschaftspolitischen Koordinierung sowie die Weiterentwicklung der europäischen Rettungs- und Stabilisierungsmechanismen. Für all diese Elemente liegen mittlerweile Grundsatzbeschlüsse oder weitgehend abgestimmte Vorschläge auf dem Tisch. Diese sind, soweit erforderlich, zu konkretisieren und zügig umzusetzen. Vorrangig ist dabei zunächst die Umsetzung der Beschlüsse des letzten europäischen Gipfels vom 21. Juli 2011, die in Deutschland Ende September auf der politischen Agenda steht. Dabei sind selbstverständlich die in Deutschland gültigen verfassungs- und haushaltsrechtlichen Vorgaben zu berücksichtigen.

**These 6: Die institutionelle Architektur der Eurozone muss substantiell weiterentwickelt werden. Die Instrumente des EFSF bzw. ESM sind zu einem politisch unabhängigen Europäischen Fiskalfonds (EFF) weiterzuentwickeln.**

Im Zentrum der bisherigen Stabilisierungsbemühungen standen die temporäre Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und ihre vorgesehene dauerhafte Nachfolgeinstitution, der Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM). Die mehrfach beschlossene Erhöhung der Volumina der Rettungsschirme hat sich bisher nicht als geeignet erwiesen, die Lösung der Stabilitätsprobleme in der Eurozone auf eine nachhaltige Grundlage zu stellen und Vertrauen an den Märkten und bei den Bürgern dauerhaft zurückzugewinnen. Die beschlossene Ausweitung der Instrumente der Rettungsschirme am 21. Juli hat ebenfalls nicht zu einer Beru-

higung der Märkte geführt. Die institutionelle Architektur der Eurozone muss daher substanziell weiterentwickelt werden. Aus Sicht der deutschen Industrie ist es unverzichtbar, die Instrumente des EFSF bzw. ESM zu einem politisch unabhängigen Europäischen Fiskalfonds (EFF) weiterzuentwickeln, um die gegenwärtigen Ad-hoc-Rettungsmaßnahmen durch ein langfristig tragfähiges Konzept abzulösen. Der EFF bietet in Bedrängnis geratenden Mitgliedstaaten und Banken der Eurozone „Hilfe in der Not“ und stellt darüber hinaus eine letzte Instanz dar bei der Durchsetzung fiskalischer Disziplin. Der EFF gewährt dem hilfeschuchenden Land auf Antrag Kredite gegen Sicherheiten und strikte wirtschaftspolitische Auflagen. Die Sicherheiten dienen nicht nur als Pfand für den EFF und dessen Sicherungsgeber im Falle der Zahlungsunfähigkeit eines Empfängerlandes. Das Erfordernis der Sicherheitsleistung stellt außerdem einen Anreiz für Empfängerländer dar, finanzielle Hilfen nur in Anspruch zu nehmen, wenn sie davon ausgehen, dass sie die Kredite vollständig zurückzahlen können.

**These 7: Sobald die vereinbarten Bedingungen nicht mehr eingehalten werden oder die Schuldentragfähigkeit nicht mehr gegeben ist, müssen die Zahlungen eingestellt werden. Einen Haftungsverband ohne Gegenleistung darf es nicht geben. Eine Insolvenzordnung muss unabdingbarer Bestandteil des EFF sein.**

In das vom Fonds vorgeschlagene Reformprogramm ist neben dem Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes vor allem auf Wachstum fördernde Strukturreformen abzustellen. Unabdingbare Voraussetzung jeder Hilfszahlung ist eine unter höchster Transparenz sowie Beteiligung der EZB erstellte Schuldentragfähigkeitsanalyse. Im Laufe eines Hilfsprogramms ist vor jeder Auszahlung neuer Tranchen zu prüfen, ob die vereinbarten Bedingungen eingehalten werden und ob die Schuldentragfähigkeit noch gegeben ist. Sobald dies nicht mehr der Fall ist, müssen die Zahlungen eingestellt werden. Einen Haftungsverband ohne Gegenleistung darf es nicht geben. Damit es mangels alternativer Optionen nicht zu einer zeitlich und in der Höhe unbegrenzten finanziellen Unterstützung überschuldeter Mitgliedstaaten kommt, muss eine Insolvenzordnung für Mitgliedstaaten der Eurozone unabdingbarer Bestandteil des EFF sein. Alle Hilfsprogramme haben eine maximale Laufzeit von drei Jahren. Wenn ein Land nach drei Jahren immer noch auf finanzielle Hilfe angewiesen ist, besteht die Vermutung der Insolvenz. Im Falle einer Umschuldung übernimmt der EFF eine Koordinierungsrolle und sorgt auf der Grundlage der Insolvenzordnung für eine reibungslose Abwicklung zwischen Gläubigern und Schuldern. Er gewährt im Rahmen einer Umschuldung außerdem Not- und Übergangshilfen, um die baldige Rückkehr eines Landes an den Kapitalmarkt zu unterstützen. Derartige Hilfen sind im Volumen und Zeitrahmen begrenzt sowie wie alle anderen EFF-Kredite an die Stellung von Sicherheiten sowie Erfüllung von Auflagen gebunden.

**These 8: Stimmrechte im Gouverneursrat sowie bei der Wahl des Vorstandes orientieren sich an der finanziellen Beteiligung der Staaten. Staaten, die Hilfgelder aus dem EFF in Anspruch nehmen, verlieren für diesen Zeitraum ihre Stimm- und Nominierungsrechte.**

Der Vorstand des EFF soll sich aus unabhängigen Experten zusammensetzen, die auf Vorschlag der Mitgliedstaaten der Eurozone ohne Möglichkeit der Wiederwahl gewählt werden. Dies ermöglicht dem Fonds ein weitgehendes Agieren jenseits politischer Einflüsse. Entsprechend des Vorbildes des IWF sollen große Staaten stets ein Vorschlagsrecht für einen Vorstandssitz im EFF bekommen. Mittelgroße und kleinere Staaten rotieren bei der Nominierung. Grundlegende Entscheidungen des EFF wie etwa über den Start und die Bedingungen für neue Hilfsprogramme werden vom Gouverneursrat des Fonds beschlossen. Stimmrechte im Gouverneursrat sowie bei der Wahl des Vorstandes orientieren sich an der finanziellen Beteiligung der Staaten. Staaten, die Hilfgelder aus dem EFF in Anspruch nehmen, verlieren für diesen Zeitraum ihre Stimm- und Nominierungsrechte. Kredite des EFF sollen entsprechend des Vorbilds der IWF-Kredite gegenüber anderen bestehenden Verpflichtungen eines Staates oder einer Bank vorrangig sein. In eng umgrenzten Ausnahmefällen soll der Fonds präventive Maßnahmen ergreifen oder Anleiheankäufe am Sekundärmarkt vornehmen dürfen. Derartige Notmaßnahmen müssen spätestens innerhalb von drei Monaten von einer regulären Kreditvereinbarung abgelöst werden. Als Gegenleistung für derartige Notfallmaßnahmen sind bereits im Vorfeld konkrete Zusagen zur Haushaltskonsolidierung sowie für Wachstum fördernde Strukturreformen zu machen. Von den Eurostaaten ausgegebene Anleihen sind zukünftig mit einer Klausel zu versehen, dass sich die Laufzeit automatisch um drei Jahre verlängert, wenn ein Land Hilfe vom EFF in Anspruch nimmt.

**These 9: EFF und EZB bilden damit zwei im Grundsatz politisch unabhängige Säulen der neuen Finanzarchitektur der Eurozone mit klarer Aufgabenteilung: Die EZB sichert die Geldwertstabilität nach innen und außen, der EFF sichert – gemeinsam mit den Mitgliedstaaten – die Stabilität in der Wirtschafts- und Finanzpolitik.**

Ein solchermaßen aufgestellter EFF hätte den dringend wünschenswerten Nebeneffekt, dass die Europäische Zentralbank dauerhaft von Aufgaben entlastet wird, die mit ihrem Auftrag und ihrer Funktion eigentlich nicht vereinbar sind, wie etwa der gezielte Ankauf von Anleihen bestimmter Eurozonenstaaten. Die EZB könnte sich somit auf ihre geldpolitischen und bankaufsichtsrechtlichen Kernaufgaben konzentrieren. Der EFF leitet damit einen wesentlichen und unverzichtbaren Beitrag zur Stabilisierung der EZB sowie zur Stärkung ihrer Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit. EFF und EZB bilden damit zwei im Grundsatz politische unabhängige Säulen der neuen Finanzarchitektur der Eurozone mit klarer Aufgabenteilung: Die EZB sichert die Geldwertstabilität nach innen und außen, der EFF sichert – gemeinsam mit den Mitgliedstaaten – die Stabilität in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Eine durch diese beiden Institutionen abgesicherte umfassende Stabilitätsorientierung der Eurozone wäre ein klares Signal an die Finanzmärkte. Sie wäre auch geeignet, die bei vielen Bürgern verbreitete Sorge vor einer bedingungslosen europäischen Schuldenunion den Boden zu entziehen. Denn Hilfe vom EFF gibt es nur gegen Bereitstellung von Sicherheiten und unter strengen wirtschaftspolitischen Auflagen. Leistung und Gegenleistung von Hilfen wären klar erkennbar. Ohne Sicherheiten und ohne auf die Laufzeit der Hilfen begrenzten Verzicht auf nationale Souveränitätsrechte in der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Hilfe ersuchenden Staaten wird der EFF nicht ak-

tiv. Hiermit wird auch dem Haftungsprinzip in der Eurozone wieder Genüge getan und ein fairer Lastenausgleich zwischen Hilfe suchenden und Hilfe gewährenden Ländern möglich.

**These 10: Erst nachhaltige Stabilitäts- und Konvergenzerfolge können einer politischen Union in Europa die Glaubwürdigkeit verleihen, die Bürger und Finanzmärkte langfristig überzeugt.**

Die neue Architektur für die Eurozone wäre ein substantieller Beitrag zur weiteren politischen Integration Europas. Zusammen mit anderen Maßnahmen wie etwa dem Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie dem Euro-Plus-Pakt wirkt dieses neue institutionelle Setting auf eine höhere Stabilität und stärkere wirtschaftliche Konvergenz in den Euro-Mitgliedstaaten hin. Die bisherige institutionelle und vertragliche Aufstellung der Währungsunion war erwiesenermaßen nicht in der Lage, in ausreichendem Maße für Stabilität und Konvergenz zu sorgen. Diese Konvergenz ist aber unverzichtbar, wenn weitergehende Schritte zur politischen Integration Europas unternommen werden sollen. Erst nachhaltige Stabilitäts- und Konvergenzerfolge können einer politischen Union in Europa die Glaubwürdigkeit verleihen, die Bürger und Finanzmärkte langfristig überzeugt. Erst wenn in Zukunft eine engere politische Union sowie höhere wirtschaftliche Stabilität und Konvergenz unter Einschluss der Haushalts- und Sozialpolitik erreicht wird, kann über weitergehende Finanzoptionen wie etwa die Einführung gemeinschaftlicher europäischer Anleihen („Eurobonds“) nachgedacht werden.

**These 11: Der Gedanke eines vereinten Europas war niemals nur ein materielles oder ökonomisches Projekt. Er war und ist vor allem auch ein ideelles, ein Völker verbindendes Vorhaben, für dessen Legitimation und Sinnhaftigkeit politisch neu und wesentlich stärker geworben werden muss.**

Das Fernziel der politischen Union Europas kann nicht übers Knie gebrochen werden, es muss langfristig mit einer klaren Strategie angesteuert werden. Dieses Ansteuern darf jedoch nicht auf die lange Bank geschoben werden, der Zeitpunkt hierfür ist heute gekommen. Vor diesem Hintergrund bietet die Schulden- und Vertrauenskrise in Europa auch die Chance, die langfristig notwendigen Weichenstellungen endlich anzupacken. Wie so oft, wird die Durchsetzung des Notwendigen erst unter dem Druck der Verhältnisse möglich. Der Gedanke eines vereinten Europas war niemals nur ein materielles oder ökonomisches Projekt. Er war und ist vor allem auch ein ideelles, ein Völker verbindendes Vorhaben, für dessen Legitimation und Sinnhaftigkeit politisch neu und wesentlich stärker geworben werden muss – mit Überzeugung und mit Leidenschaft. Es geht jetzt darum, Europa durch intelligente, verbindliche Regeln und Rahmenbedingungen krisensicher und zukunftsfest zu machen. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass dies nicht gelingen kann. Ein weiter so, wie bisher, reicht hierfür jedoch nicht aus. Kurzfristige Rettungs- und Reparaturmaßnahmen allein reichen nicht mehr aus. Ein großer Befreiungsschlag mit einer klaren langfristigen Zielvorstellung und mit überzeugenden, aufeinander abgestimmten Elementen und Instrumenten ist nur mit einem neuen Vertragswerk für den Euro zu erreichen. Dies erfordert gewiss enorme politische und ökonomische Kraftanstrengungen –

auf europäischer wie auf nationaler Ebene. Die deutsche Industrie ist überzeugt, dass diese Kraftanstrengungen nicht nur sinnvoll, sondern vielmehr notwendig sind. Unzweifelhaft sind diese Anstrengungen mit beträchtlichen Kosten verbunden, diese sind jedoch auf lange Sicht rentierliche Investitionen in die Zukunft Europas.

**These 12: Will das in zahlreiche Einzelstaaten aufgespaltene Europa angesichts dieser Entwicklung seine ökonomische Position halten und seine politischen Gestaltungsansprüche sichern, so geht dies nur über eine Fortsetzung des Weges in Richtung einer politischen Union.**

Die politischen und ökonomischen Gewichte in der Welt verschieben sich in rasantem Tempo. Es geht darum, Europas wirtschaftliches und politisches Gewicht in dieser sich beschleunigt wandelnden Welt zu sichern. Allen voran die bevölkerungsreichen Schwellenländer wachsen in kürzester Zeit zu weltwirtschaftlichen Schwergewichten heran. Aus wirtschaftlicher Stärke erwächst unmittelbar auch politische Stärke. Will das in zahlreiche Einzelstaaten aufgespaltene Europa angesichts dieser Entwicklung seine ökonomische Position halten und seine politischen Gestaltungsansprüche sichern, so geht dies nur über eine Fortsetzung des Weges in Richtung einer politischen Union. Der Respekt vor dem Subsidiaritätsprinzip, das Bekenntnis zu Vielfalt und Wettbewerb sowie die Akzeptanz der kulturellen Eigenheiten der Mitgliedstaaten und Regionen in Europa stellen dazu keinen Widerspruch dar. Im Gegenteil, diese sind Teil der Stärke Europas. Kein einziges europäisches Land - auch Deutschland nicht - hat für sich genommen das Potenzial, seinen Einfluss auf der globalen Bühne zu behaupten. Die weltwirtschaftlichen Geschicke werden zukünftig nicht mehr auf einer G8- oder G20-Ebene entschieden, sondern auf einer G2- oder G3-Ebene. Bei den jetzt notwendigen Weichenstellungen geht es auch darum, ob Europa die Rolle des Dritten in diesem Bunde spielen kann und will. Die deutsche Industrie braucht ein starkes Europa in einer dynamischen Weltwirtschaft. Die Politik verfügt über die Gestaltungsmacht, dieses Ziel zu erreichen. Sie muss sie nur nutzen. Die deutsche Industrie sagt der Politik mit den vorliegenden Grundgedanken für eine neue europäische Währungsverfasstheit hierbei ihre tatkräftige Unterstützung zu.